

Es ist nicht alles gesagt. Ein Workshop zur DDR-Forschung

Veranstalter: Steffi Brüning, Forschungs- und Dokumentationsstelle, Universität Rostock; Maria Neumann, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin
Datum, Ort: 30.11.2018–01.12.2018, Berlin
Bericht von: Jan-Paul Hartmann, Humboldt-Universität zu Berlin

Zu Beginn des Workshops führten STEFFI BRÜNING (Rostock) und MARIA NEUMANN (Berlin) in das Thema ein. Sie fassten Überlegungen zur DDR-Forschung zusammen, die sie im Vorfeld gemeinsam entwickelt hatten. Dabei schilderten sie ihre Beobachtungen, wonach sich die DDR-Forschung häufig in Legitimationsdebatten verliere und die oftmals institutionelle Vermischung von Aufarbeitung und Forschung, den Zugang zu bestimmten Themenfeldern wie der Täterinnen- und Täterforschung erschwere, wenn nicht gar blockiere. Die immer wieder bemerkbare Angst vor einem Deutungsverlust hänge auch damit zusammen, dass mit Blick auf die DDR häufig Zeitzeugenschaft und Forschung in einer Person zusammenfielen, ohne dass diese in der Lage seien, ihre eigene Standortgebundenheit zu thematisieren. Brüning und Neumann plädierten dafür, künftig offener mit diesem Problem umzugehen. Zudem würden nach wie vor Arbeiten überwiegen, die mit einer vermeintlich eindeutigen Opfer-Täter-Dichotomie argumentierten. Aber, so fragten die Initiatorinnen des Workshops, was lernen wir über eine Gesellschaft, wenn wir dieser Prämisse unhinterfragt folgen? Täterinnen- und Täterforschung, das habe bereits die NS-Forschung gezeigt, bedeute eben nicht, das Handeln der Täterinnen und Täter und ihre Verbrechen entschuldigen zu wollen. Im Gegenteil es sei wichtig, sie ganz klar zu benennen und zwar in einer Weise, die es ihnen nicht ermögliche, sich länger hinter staatlichen Strukturen zu verbergen. Nach wie vor sei in der Forschung häufig von „der SED“, „dem MfS“ oder „der Stasi“ die Rede. Aber wer ist damit gemeint? Wie in diesen Institutionen gehandelt wurde, darüber bestimmten Akteure und deshalb sei es notwendig, deren Motive, Interessen und Absichten

zu untersuchen. Im Folgenden präsentierten sie vier Kernthemen, die sie als besonders relevant erachteten. Ihr erster Punkt zielte darauf ab, vermehrt Akteure statt Strukturen zu untersuchen, um auf diese Weise wechselnde, hybride oder situative Zugehörigkeiten beschreiben zu können. Des Weiteren seien kommunale statt zentrale Vorgänge genauer zu untersuchen und in ein Verhältnis zueinander zu setzen; zum Beispiel: Inwieweit unterschieden sich die Praxen lokaler Eliten von denen der Parteispitze? Solche Perspektivwechsel ermöglichten drittens eine Abkehr von der üblichen Teleologie, die Arbeiten zur DDR-Geschichte teilweise zu eigen sei. Eine kritische Auseinandersetzung mit den bislang üblichen Methoden – das Fehlen vergleichender oder transnationaler Ansätze sei hier nur beispielhaft erwähnt – und eine Erweiterung des gängigen Quellenkorpus – wie die vermehrte Einbeziehung von Ego-Dokumenten – könnte hierzu beitragen. Viertens sei es weiterhin notwendig, die DDR-Forschung stärker aus der Isolation zu befreien und zeitliche wie räumliche Grenzen zu öffnen. Brüning und Neumann regten unter anderem dazu an, zu fragen, was das MfS von der Gestapo übernommen habe, wobei sie auf Begriffe wie Methoden abzielten.

In der darauffolgenden Keynote umriss KATHARINA LENSKI (Jena) unterschiedliche Phasen in der DDR-Forschung, wobei es ihr besonders wichtig war, auf die Spannungen zwischen ostdeutscher Zivilgesellschaft und erinnerungspolitischen Interessen in der Aufarbeitung der 1990er-Jahre hinzuweisen. Die DDR-Forschung sei zunächst eine Insel-Forschung gewesen, die vor allem das Feld der Politikgeschichte bearbeitet habe. Erst Mitte der 2000er-Jahre habe die Sabrow-Kommission eine erste Schneise geschlagen und neue Fragestellungen aufgeworfen. Zwar sei das Bild dadurch insgesamt etwas brüchiger geworden, trotzdem habe weiter ein Grundkonsens existiert, der die Forschung wiederum nicht vorangebracht habe. Lenski forderte nicht nur, Orte, Räume und Landschaften in den Blick zu nehmen, sondern daneben sogenannten „Nicht-Orten“ nachzuspüren – also Fälle zu untersuchen, die in der offiziellen Erinnerung bislang keinen Platz hätten. Es sei nötig, sich weniger an den Prä-

missen der Politik zu orientieren, wenn man am Leben der Menschen interessiert sei. Um diese Forderung zu veranschaulichen, verwies sie auf ihre eigene Forschung über „Asozialität“ im Sozialismus.

Das erste Panel widmete sich schwerpunktmäßig alltagsgeschichtlichen Arbeiten, wobei die Bedeutung unterschiedlicher Quellengattungen für die DDR-Forschung thematisiert wurde. Bislang stünden nach wie vor die MfS-Akten im Vordergrund. Dass man diese auch anders lesen könnte als es häufig geschehe, machte NICOLAI OKUNEW (Potsdam) in seinem Vortrag über Heavy-Metal-Fans in der DDR deutlich. Okunew forderte, künftig zwischen den Einschätzungen des MfS und den Wahrnehmungen der bespitzelten Akteure deutlicher zu differenzieren. Nicht alle, die in den Akten als politisch etikettiert wurden und in der Folge bis heute als politisch gelten, hätten sich selbst so verstanden. Nach wie vor vermengten Forschende ihre eigene Erwartungshaltung mit der des MfS, wenn sie davon ausgingen, dass Subkulturen politisch aufgetreten seien. Dabei entspräche dieses Fremdbild nicht zwangsläufig der Selbstwahrnehmung der Akteure und führe deshalb zu falschen Schlüssen.

NICK WETSCHEL (Dresden) warb dafür, Ego-Dokumente stärker in die Forschung einzubeziehen. Sein Beitrag basierte auf einem Tagebuch, das eine Familie aus der DDR während eines mehrjährigen Auslandsaufenthaltes im Irak geführt hatte. Dieses zu interpretieren, so Wetschel, stelle auf unterschiedlichen Ebenen eine Herausforderung dar. Es genüge nicht, die niedergeschriebenen Inhalte des Tagebuchs – unter anderem thematisierten die Familienmitglieder die erweiterten Konsummöglichkeiten im Ausland – zu analysieren. Wetschel sprach über die Weiterführung von DDR-Alltag im Ausland, aber auch über hinzukommende Handlungsoptionen. In einer Analyse sollten diese beiden Ebenen einbezogen und zueinander in Beziehung gesetzt werden. Ebenso müsse gefragt werden, was nicht im Tagebuch steht: Welche Wirkungsmacht maßen die Akteure dem MfS im Ausland bei? Inwiefern bestimmte die Aussicht auf eine Rückkehr in die DDR die im Tagebuch geschilderten Eindrücke?

Auch JAN KLEINMANN (Bonn) stellte

klar, dass es wichtig sei, neue Quellen zu erschließen. Seine eigene Forschung beziehe kommunale Akten und Betriebsakten stärker ein, da diese einen fragmentierten Einblick in den DDR-Alltag erlauben würden. Auf lokaler Ebene seien Themen oft anders verhandelt worden als von zentralen Institutionen, so seine Schlussfolgerung. Die Belegschaft eines Betriebes sei etwa kein einheitliches Kollektiv gewesen, sondern eine konfliktäre Gemeinschaft. Zur Lösung von Konflikten sei zwar immer wieder auf scheinbar konforme Kommunikationsformen zurückgegriffen worden, häufig jedoch um sie für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Der Einfluss von Traditionen, auf denen zum Beispiel lokale Fußballvereine gründeten, müsse ebenso Beachtung finden.

Bereits im ersten Panel zeichneten sich die mit der DDR-Forschung immer wieder einhergehenden begrifflichen Unsicherheiten ab. Das betraf unter anderem die Bezeichnung „politisch“. Inwieweit sich dieser Begriff als Analysebegriff eignet, hängt auch davon ab, ob und inwieweit es gelingen kann, zwischen Selbstbeschreibungen und Fremdwahrnehmungen zu unterscheiden. Zu häufig beschränken sich Forschende darauf, den totalitären Politik-Begriff des Ministeriums für Staatssicherheit beziehungsweise der SED unkritisch zu übernehmen.

Der erste Veranstaltungstag endete mit einem gemeinsamen Ausflug zum Archiv des BStU im „Haus 7“ der ehemaligen MfS-Zentrale. Im Anschluss an eine Führung durch das Gebäude fand ein Gespräch mit HANS-PETER LÖHN (Berlin) vom Bildungsteam des BStU statt. Dort wurde unter anderem die häufige personelle Kongruenz von Zeitzugenschaft und Forschungstätigkeit diskutiert. Deutlich wurde darüber hinaus, dass für die Nutzung von MfS-Akten für die Forschung umfangreiches Wissen über diese Quellen von Vorteil sind: Entstehungszusammenhänge, unterschiedliche Arten von Materialien (von IM-Akten bis hin zu unstrukturierten Materialsammlungen), die spezifische Archivierung des MfS und weitere Besonderheiten stellen Forschende immer wieder vor Herausforderungen.

Der zweite Tag des Workshops begann mit einem Panel, das sich mit Identitätskonstruk-

tionen auseinandersetze. STEPHANIE KANNE (Münster) widmete sich Propagandaplakaten, um über Darstellungsformen des Weiblichen zu referieren. Sie zeigte auf, dass sich die Plakatinhalte im Untersuchungszeitraum deutlich wandelten. Zudem spürte sie den Emanzipationsbestrebungen der Künstlerinnen und Künstler nach, die einerseits in der Tradition dieser Bildersprache standen und andererseits versuchten, diese neu zu interpretieren. Auf diese Weise konnte Kanne Umdeutungen nachverfolgen und zeigen, dass die Positionen, die den Frauen auf den Plakaten zugeordnet wurden, häufig nicht ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen und politischen Stellung in der DDR entsprochen haben. In der SED-Parteispitze hätten Frauen zum Beispiel keine repräsentative Rolle gespielt, obwohl die Propagandaplakate immer wieder für Gleichberechtigung geworben hätten. Zudem zeigten sich auf den vorgestellten Plakaten Kontinuitäten und Anleihen aus nationalsozialistischer Propaganda, was die Notwendigkeit diachroner Vergleiche unterstreiche.

Im Anschluss daran berichtete KATINKA MEYER (Göttingen) über sogenannte „Vertriebene“ in der DDR. Im Rahmen ihrer soziologischen Dissertation hatte Meyer einzelne Familien generationsübergreifend befragt. Anhand dieser Interviews teilte sie die Geschichte der Vertriebenen in der DDR anschließend in zwei Phasen ein. Erstens: Unterstützung und Anpassung, zweitens: Depression und Tabuisierung. Auf diese Weise ergab sich für die Vertriebenen ein komplexes Verhältnis von Täter- und Opferschaft. Die zunächst als Opfer begriffenen Vertriebenen hätten diesen Status nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im öffentlichen Bewusstsein endgültig verloren und stattdessen mit Blick auf den Nationalsozialismus unter Revisionismusverdacht gestanden. Folglich verwiesen beide Beiträge auf zeitliche Kontinuitäten, die die geläufigen Zäsuren in Frage stellten.

Das dritte Panel widmete sich der Elitenforschung und fragte auch nach der Kommunikation zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen: Wie wurden zentrale Vorgaben auf mittlerer Ebene und an der Basis diskutiert und umgesetzt? Welche Handlungsspielräume lassen sich im autoritären Staat

beschreiben? ANIKA MANSCHWETUS und SIMON SCHOLZ (beide Kassel) berichteten aus einem groß angelegten Projekt der Universität Kassel, das Elitenwandel sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR erforscht. Über Kategorisierungen auf Grundlage eines biografischen Zugangs zu etwa 2.500 Akteuren auf nationaler Ebene seit 1913 werden Sozialprofile erstellt und Systembezüge ermesst. Ihr Blick auf die Folgen von Systemwechseln für die Elitenzusammensetzung verdeutlichte die Fruchtbarkeit von synchronen wie auch diachronen Vergleichen. Gleichzeitig stellte sich die Frage nach der Übertragbarkeit dieser Herangehensweise auf die Eliten und das Elitenverständnis der SED.

Anschließend referierte REGINE DEHNEL (Berlin) über die Rolle der Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände (1953-1995) bei der Weiterverteilung von NS-Raubgut. Anhand provenienzhistorischer Fragen wies Dehnel auf das Fehlen von Grundlagenforschung im Bereich der DDR-Geschichte hin. Verwaltungsstrukturen seien unzureichend erforscht, sodass das Zusammenspiel unterschiedlicher Verwaltungsebenen nur schwer nachvollziehbar sei. Es zeichne sich aber ab, dass sich möglicherweise aufgrund der offenbar schon zeitgenössischen Unübersichtlichkeit einzelnen Akteuren Handlungsspielräume eröffneten. Diese hätten ihnen erlaubt, Anordnungen bewusst zu übergehen, um bestimmte Kulturgüter vor politischen Zugriffen zu schützen.

Das vierte Panel richtete den Blick noch stärker auf das Verhältnis von Akteur und Kollektiv sowie deren jeweilige spezifische Handlungsspielräume. CONSTANZE SCHLIWA (Hamburg) stellte ihre Forschungen zu den sogenannten Normalheimen in der DDR vor. Anhand 20 narrativer Interviews versuchte sie einen individuellen Zugriff auf die unterschiedlichen Erfahrungen ehemaliger Heimkinder. Schliwa ist der Meinung, dass es wichtig sei, sich für die Vergessenen zu interessieren und schilderte ihren Eindruck, wonach viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Angst vor einer Ökonomisierung ihrer Geschichte hätten und deswegen sehr genau entscheiden würden, wem sie ihre Erzählung anvertrauten. Damit verbunden sei allerdings ein Druck, der auf Forschern

den lasten könne: Wieviel Verantwortung übertragen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf Forschende und wie können Forschende damit umgehen?

Anders als Schliwa fasste JULIA REINKE (Jena) die Akteure ihrer Forschung kollektiv und stellte die These auf, dass diese „überraschend unideologisch“ gehandelt hätten. Am Beispiel griechischer Bürgerkriegsflüchtlinge, die die DDR 1949/1950 aufgenommen hatte, versuchte sie die Migrationspolitik der SED aus einem nationalen, beziehungsweise stark systembezogenen Rahmen zu befreien und die Regierung stattdessen als einen internationalen Akteur zu fassen. Reinke machte gleichzeitig deutlich, dass die Selbstdarstellung verschiedener staatlicher Akteure als „solidarisch“ teilweise widersprüchlich zur konkreten Handlungspraxis verlief. Nur weil die DDR auf zentraler Ebene Angebote zur Aufnahme von Flüchtlingen machte, bedeutete das noch lange nicht, dass lokale Akteure diese Angebote tatsächlich in die Realität umsetzten. Gerade dieses Spannungsfeld zwischen ideologischem Anspruch und Wirklichkeit auf lokaler Ebene sollte in Arbeiten zur DDR-Geschichte stärker analysiert werden.

Im fünften und letzten Panel standen abermals die Zäsuren der DDR-Forschung auf dem Prüfstand. NADINE KULBE (Dresden) berichtete aus ihrer Forschung zur Sicherstellung der Buchbestände der nationalsozialistischen Deutsche Arbeitsfront (DAF). Sie zeigte die Möglichkeit auf, einzelne Themen der DDR-Geschichte in einem größeren Kontext zu verorten, indem sie anhand einer Provenienzgeschichte auf systemübergreifende Traditionen in der Arbeitergeschichte hindeutete. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) habe Bestände bewusst übernommen, um an bestimmte Traditionen – etwa Bibliotheken für Arbeitende – anzuknüpfen. Kulbe verband ihren Vortrag mit einer deutlichen Mahnung an Forschende: Quellen und andere Forschungsobjekte seien untrennbar mit ihrer Herkunft verbunden. Historische Forschung sei deswegen erst möglich, wenn die Materialität der Objekte miteinbezogen werden.

JESSICA BOCK (Dresden) nahm zum Schluss die ostdeutsche Frauenbewegung in den Blick und erklärte, warum deren Ge-

schichte bis heute marginalisiert werde. Erstens gäbe es nach wie vor keine integrative Frauenforschung: Die ostdeutsche Frauenbewegung sei aus Sicht der westdeutschen Frauen immer nur die „andere“ Frauenbewegung gewesen, die sich dazu geeignet habe, Kontraste sichtbar zu machen, für deren eigene Themen aber kein Interesse vorhanden gewesen sei. Auf diese Weise habe sich ein Niedergangsnarrativ durchgesetzt, dass nicht in der Lage sei, den Aufbau einer feministischen Infrastruktur in Ostdeutschland auch nur annähernd zu würdigen. Zweitens nähmen die ostdeutschen Frauen in der feministischen Erinnerungskultur nur eine Randposition ein. Nicht zuletzt sei es auch vielen ostdeutschen Frauen bislang nicht gelungen, sich kritisch mit ihren eigenen Vorurteilen auseinander zu setzen. Die nötige Aufarbeitung sei im Osten wie im Westen nicht erledigt worden. Kurz: In den Köpfen bestünde die Mauer teilweise fort und eine Selbstidentifizierung habe bis heute nicht stattgefunden, was im Schweigen der meisten ostdeutschen Frauen zum Ausdruck käme. Sie hätten es nicht gelernt, sich Gehör zu verschaffen und müssten nun mit den Konsequenzen dieses zuweilen als Widerständigkeit (miss-)verstandenen Verhaltens umgehen.

Besonders gewinnbringend erwies sich der überinstitutionelle sowie interdisziplinär angelegte Rahmen der Veranstaltung. Im Austausch mit anderen Fachbereichen zeichnete sich ab, dass oberflächliche Quellenkritik und begriffliche Unsicherheiten – angefangen bei der undifferenzierten Verwendung der Begriffe „Täter“ und „Opfer“ – analytische Unschärfen nach sich ziehen. Durchgängig schlug sich zudem die Notwendigkeit nieder, in der DDR-Forschung verstärkt über die Kategorie Geschlecht nachzudenken. Nicht zuletzt bleibt zu hoffen, dass empirische Arbeiten zur Geschichte der DDR in Zukunft von mehr Mut zum Theoretisieren begleitet werden.

Konferenzübersicht:

Einführung

Steffi Brüning (Rostock) / Maria Neumann (Berlin): Warum dieser Workshop?

Keynote

Katharina Lenski (Jena): Die Frau in der

Leere der Aktenberge. Randlagen der DDR-Geschichtsbewältigung

Panel I: Perspektivwechsel. Quellen und Ansätze für eine Alltagsgeschichte

Jan Kleinmanns (Bonn): Abseits der Aufarbeitung. Alltagsgeschichtliche Zugänge zur Öffentlichkeit in der DDR

Nick Wetschel (Dresden): „[...] hielt sie das erst für einen dummen Scherz, dann für eine indiskutable Angelegenheit“ – Zwei Tagebücher als Quelle einer Alltagsgeschichte des wirtschaftlich-wissenschaftlichen Austauschs mit dem Irak

Nikolai Okunew (Potsdam): Heavy Metal in der DDR: Eine politische Subkultur?

Exkursion: Einblick ins Geheime. Führung durch das Archiv der BStU

Panel II: Wir und die Anderen. Zur Konstruktion von Identitäten

Stephanie Kanne (Münster): „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen arbeiten.“ (De-)Konstruktionen weiblicher Rollenbilder auf Plakaten der SBZ/DDR

Katinka Meyer (Göttingen): Wenn nicht alles gesagt werden darf... Tabuisierung familiärer Vergangenheiten und ihre Folgen (Vertriebene in der DDR)

Panel III: Systemträger/innen? Eliten und ihre Praxen

Anika Manschwetus / Simon Scholz (beide Kassel): Systembezüge in Sozialprofilen von DDR-Eliten

Regine Dehnel (Berlin): Die Rolle der Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände (1953-1995) bei der Weiterverteilung von NS-Raubgut

Panel IV: Akteure im Kollektiv. Handlungsspielräume der Integration und Ausgrenzung

Constanze Schliwa (Hamburg): Heimerziehung in der DDR

Julia Reinke (Jena): Sozialistische Flüchtlingspolitik. Überlegungen zu Akteuren im Flüchtlingsmanagement am Beispiel der Aufnahme griechischer Bürgerkriegsflüchtlinge in der DDR

Panel V: Zeitenwandel. Zwischen Kontinuitäten und Brüchen

Nadine Kulbe (Dresden): „Die Sicherstellung der DAF-Buchbestände für den FDGB erscheint von großer Wichtigkeit.“ Die Bedeutung der DDR-Forschung für die Suche nach NS-Raubgut

Jessica Bock (Dresden): Frauen in Ost und West – 30 Jahre (Un-)Einigkeit?

Tagungsbericht *Es ist nicht alles gesagt. Ein Workshop zur DDR-Forschung*. 30.11.2018–01.12.2018, Berlin, in: H-Soz-Kult 19.03.2019.